

Pressemitteilung

Stadtelternteilnehmerbeirat fordert mehr Förderlehrerstellen für Inklusion

Frankfurt. 02.12.2021. Anlässlich des Internationalen Tages der Menschen mit Behinderungen fordert der Stadtelternteilnehmerbeirat Frankfurt mehr Lehrerstellen für die inklusive Beschulung. Frankfurter Schulen schlagen nicht nur an diesem Tag Alarm: Sie sind personell an der Grenze. Viele Schüler*innen in der Inklusion können nicht die Bildung und Unterstützung erhalten, die sie benötigen und die ihnen eigentlich zusteht. Eine spezielle Verordnung des Kultusministeriums, die sogenannte VOSB, sieht einen besseren Ressourcenschlüssel in der inklusiven Beschulung vor – nur setzt das Ministerium sie nicht um. „Als Eltern haben wir kein Verständnis mehr für Ausreden und weitere Verzögerungen. Diese Mangelwirtschaft muss aufhören: Im Sinne der Kinder fordern wir, endlich die Verordnung in die Tat umzusetzen, damit Schulen besser mit Personal ausgestattet werden - für eine gelingende Inklusion“, so Dagmar Scholl, Co-Vorsitzende des Inklusionsausschusses im Stadtelternteilnehmerbeirat.

Früher gab es den Gemeinsamen Unterricht (GU) beispielsweise an den Integrierten Gesamtschulen. Beim GU bestand in der Klasse eine konstante Doppelbesetzung von Klassenlehrer*in und Förderlehrer*in. Die Förderpädagog*innen konnten das Lernmaterial individuell differenziert gestalten, so dass nicht nur Schüler*innen mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf in ihrem Lerntempo lernen konnten. „Diese individuelle Unterstützung kam allen Schüler*innen zugute“, erläutert Scholl.

Mit der UN-Behindertenrechtskonvention (2006) sollte die Inklusion flächendeckend umgesetzt werden. Als Folge wurden die Ressourcen von den GU-Schulen im Gießkannenprinzip umverteilt: Alle Schulen sollen inklusiv arbeiten, aber die Ressourcen wurden nicht aufgestockt. Durch die Streuung sind Förderpädagog*innen heute in der Regel nicht mehr nur für eine, sondern für mehrere Schulen zuständig. Zudem haben sie meist nur noch eine beratende Funktion und begleiten die Schüler*innen dadurch seltener im Unterricht – für die Kinder bedeutet das deutlich weniger praktische Unterstützung. Deswegen muss in den Schulen viel improvisiert werden; die ehemaligen GU-Schulen profitieren dabei noch von ihrer Erfahrung und ihrer Expertise.

Die frühere Erfahrung mit der Inklusion hat gezeigt, dass sie nur dann erfolgreich umgesetzt werden kann, wenn sich zwei Fachkräfte im Unterricht ergänzen. In Frankfurt leisten Pädagog*innen bestmöglich ihren Beitrag zu Integration *und* Inklusion. Auch nicht festgestellte Förderbedarfe müssen dabei parallel mit bewältigt werden – ohne, dass das in der Berechnung notwendiger Ressourcen berücksichtigt wird.

„Für eine Idealform von gemeinsamem Unterricht reicht auch die VOSB-Verordnung noch lange nicht aus“, so Dagmar Scholl. „Aber wenn zumindest der eigentlich vorgegebene Schlüssel von einer Förderlehrer*innenstelle pro 7 Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf umgesetzt würde, wäre das schon ein großer Schritt.“ Aus diesem Grund unterstützt der Stadtelternbeirat auch den Aktionstag der IGS Nordend und tritt bei der Abschlusskundgebung am Börneplatz als Redner auf.